

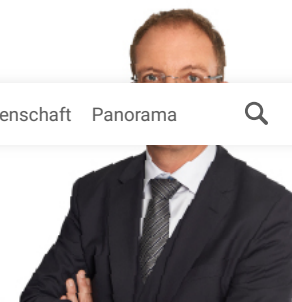
«Ich prüfe Ihr Unternehmen»

Menü Startseite Meinung **International** Wirtschaft Finanzen Schweiz Feuilleton Zürich Sport Wissenschaft Panorama

engagiert, vertrauensvoll. Jetzt informieren >



Wirtschaftsprüfung Steuerberatung Wirtschaftsberatung Rechtsberatung Rechnungswesen Privatkundenberatung Immobilienberatung
www.balmer-etienne.ch Luzern Zürich Stans



Werner Pfäffli | lic. oec. HSG, dipl. Wirtschaftsprüfer

Die EU in der Krise

Vom Krisenkontinent zur Krisenunion

von Thomas Speckmann / 8.3.2017, 17:06 Uhr

Zwei Autoren über die EU-Krise: Luuk van Middelaar erkennt eine Europäisierung der nationalen Politik. Sein Kollege Claus Offe plädiert nicht nur für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, sondern auch für eine gemeinsame Sozialpolitik.



Die EU kämpft nach dem Brexit mit einem Glaubwürdigkeitsproblem. (Bild: Andy Rain / EPA)

«Vielleicht erleben wir eine «Europäisierung der nationalen Politik», eine Entwicklung, die den Klub der Mitgliedstaaten insgesamt eher stärkt?» Luuk van Middelaar

Europa ist in der Krise. Diese Aussage ist inzwischen so unoriginell wie wahr. Ob von aussen oder von innen: Die Herausforderungen und Probleme scheinen von Jahr zu Jahr nicht weniger, sondern mehr zu werden. Und keine der Krisen scheint bis anhin wirklich gelöst. Im Gegenteil: ob Griechenland oder die Flüchtlingsfrage, ob mangelnde Wettbewerbsfähigkeit oder Verteidigungsbereitschaft in Europa – so manche Problemlage will anscheinend nicht verschwinden, kehrt beharrlich wieder.

Hinzu kommen in regelmässigen Abständen Debatten über einen Zerfall der Europäischen Union. Immer wieder werden im Falle Griechenlands Szenarien eines Grexit durchgespielt. Der Beschluss zum Brexit ist bereits Wirklichkeit. Werden dem britischen Beispiel weitere Mitglieder der EU folgen? Wie gehen die Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich aus? Werden auch dort die Europa-

MEISTGELESEN IN DIESEM RESSORT

Die Königin von Deutschland – wie Angela Merkel die mächtigste Frau der Welt wurde

Anja Jardine

Österreichs Sozialdemokraten droht Wahlniederlage

Kurz ist nicht das einzige Problem der SPÖ

Meret Baumann, Wien / vor 2 Stunden

Wahlkampf der Grünen

Der schwärzeste Grüne – Cem Özdemir steht in der Mitte der deutschen Politik

Marc Felix Serrao / 9.9.2017

Pa

Finde Single

- Bern
- Lausar
- Genf

F

9h

Gegner triumphieren? Seriöse Prognosen scheinen heute kaum mehr möglich. War man sich nicht sicher, dass es keinen Brexit geben würde? Wusste man in Europa nicht ganz genau, dass Donald Trump keine Chance gegen Hillary Clinton haben würde? Wie geht es nun also weiter mit Europa und der westlichen Welt?

Brexit als Amputation

Angesichts des selbstgewählten Ausscheidens Grossbritanniens, der zweitgrössten Volkswirtschaft Europas und einer militärischen wie diplomatischen Grossmacht mit etwa einem Achtel der Bevölkerung der gegenwärtigen EU der 28 Mitgliedstaaten, wird sich nach Einschätzung von Luuk van Middelaar das interne Gleichgewicht in der Union verschieben und die deutsche Macht noch deutlicher zutage treten. Der Professor für EU-Recht und European Studies an den Universitäten Leiden und Louvain-la-Neuve sieht von Frankreich über die Niederlande bis nach Österreich die Populisten bestärkt – weitere Austrittsreferenden könnten folgen.

Die britische Entscheidung bedeutet in van Middelaars Augen eine Amputation für Europa, aber keinen Todesstoss. Doch dies gilt nach dem Urteil des Historikers und politischen Philosophen, der von 2010 bis 2014 als Redenschreiber und enger Berater von EU-Rats-Präsident Herman Van Rompuy tätig war, nur unter der Voraussetzung, dass die verantwortlichen Politiker in Europa die entfesselten Kräfte wieder unter Kontrolle bekommen. Dazu müssen die übrig bleibenden 27 Regierungen nach weitverbreiteter und auch von van Middelaar geteilter Meinung entschlossen Initiativen starten, die das Vertrauen der europäischen Bevölkerungen zurückerobern können. Dass dies leichter gesagt oder geschrieben als getan ist, weiss der politische Praktiker von Middelaar natürlich aus eigener Anschauung. Zu Recht weist er darauf hin, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs in einer Zwickmühle stecken: Sie müssen zeigen, dass die EU glaubwürdige Antworten zu realen Problemen bieten kann, und dabei zugleich die Desillusionierung ihrer Wähler gegenüber ebendieser Union im Auge behalten. Es gelte, neue Unterstützung für Europa zu gewinnen, ohne diese gleich wieder zu verlieren.

Wie kann dies gelingen? Die Antwort auf diese Frage kreist bei van Middelaar um weitere Fragen: Wie steht es um das Verhältnis zwischen dem politischen Europa und der Öffentlichkeit? Ist die Union dafür gerüstet, auf grosse Erschütterungen zu reagieren? Wer übernimmt in Zeiten der Unsicherheit die Führung?

Europäisches «Wir»-Gefühl

Ausgehend von diesen Fragen, dringt van Middelaar in seinem erhellenden Streifzug durch die europäische Einigungsgeschichte zu grundlegenden Problemen des heutigen Europa vor: Zum einen betrachten nur wenige Menschen – im Gegensatz zur Ebene der nationalen Politik – europäische Entscheidungen als «unsere Entscheidungen» oder europäische Politiker als «unsere Repräsentanten». Doch gerade dieses schwer zu fassende und erst recht schwierig zu erzeugende Gefühl, dass einem etwas gehört, dass etwas zu einem gehört, ist nach van Middelaars treffender Analyse unabdingbar, um gemeinsamen Entscheidungen Legitimität zu verleihen. Denn die politische Identität wiegt schwerer als die Ergebnisse demokratischer Prozesse.

Zum anderen nimmt Europa unter dem Druck der Krisen der letzten Jahre als politischer Körper eine eher unerwartete Form an: Es wird zu einem Mitgliederkreis mit einem vielstimmigen demokratischen Resonanzraum. So gibt es im gesamten Europa nicht nur ein starkes mediales, sondern auch öffentliches Interesse an politischen

Entscheidungen in den einzelnen Staaten – ob bei der Abstimmung über den Euro in der Slowakei 2011, beim griechischen Referendum 2015 oder dieses Jahr bei den Wahlen in Frankreich und Deutschland.

Eine weitere Beobachtung von Middelaars ist bedenkenswert: Nachdem die europäischen Staaten sich jahrzehntelang dem Errichten eines gemeinsamen Marktes und der Fortentwicklung eines ingeniosen Systems der technokratischen Regelpolitik gewidmet hätten, machten sie seit den finanziellen und geopolitischen Krisen von 2008 etwas Neues – Ereignispolitik. Sie retten ihre gemeinsame Währung, reagieren auf die Flüchtlingsbewegungen, stehen im Konflikt mit Russland, ringen um ihr Post-Brexit-Europa. Daraus folgt für van Middelaar nicht eine oft kritisierte Renationalisierung der europäischen Politik, sondern eine Europäisierung der nationalen Politik – eine Entwicklung, die den Klub der Mitgliedstaaten insgesamt eher stärkt und zugleich das mediale Scheinwerferlicht viel stärker als zuvor auf sich lenkt: Die immer wieder beschworene europäische Öffentlichkeit entsteht nach und nach.

Die Frage politischer Handlungsfähigkeit in Europa treibt auch Claus Offe um. Der Politikwissenschaftler und Soziologe mit Stationen an den Hochschulen in Bielefeld, Bremen und Berlin, dort an der Humboldt-Universität und der Hertie School of Governance, sieht die EU an einem Scheideweg: Entweder ihr gelinge eine erhebliche Verbesserung ihrer institutionellen Struktur, oder es komme zu ihrem Zerfall. Dies klingt zunächst etwas alarmistisch. Doch Offe weist nicht zu Unrecht darauf hin, dass die gegenwärtige Krisensituation, entstanden aus einer Finanzmarktkrise, einer Staatsschuldenkrise, einer Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise sowie einer Institutionenkrise der EU und ihrer demokratischen Qualität, aufgrund ihrer Komplexität und Ungewissheit bis anhin beispiellos und daher besorgniserregend ist.

Wie ist dieser Situation zu entkommen? Offe ist sich bewusst, dass das, was im Interesse einer Stabilisierung von EU und Euro-Raum dringend angegangen werden müsste, innerhalb vieler Mitgliedstaaten gleichzeitig in hohem Masse und offenbar zunehmend unpopulär ist – nicht zuletzt in Bezug auf eine Neuverteilung von Bürden und Zuständigkeiten innerhalb der Union. Dennoch fordert er nicht nur eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, sondern auch eine gemeinsame Sozialpolitik. Sie soll soziale Ansprüche gewähren, die den Bürgern der Union in ihrer Gesamtheit zukommen und aus Mitteln der EU erfüllt werden sollen, sanktioniert durch europäisches Recht.

Umverteilung keine Lösung

Hier stellt sich allerdings die Frage, warum durch solche Umverteilung innerhalb von Europa soziale Probleme nationaler Art zu lösen sein sollen, deren Ursachen in mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und auch Staatlichkeit einzelner Regionen oder Mitgliedsländer liegen. Es erscheint nicht unwahrscheinlich, dass Europa durch einen solchen Weg auch ohne Herausforderungen von aussen wie die Konflikte mit Russland, die Flüchtlingsbewegungen oder terroristische Anschläge in der Krise bleiben würde. Und auch diese Aussage ist inzwischen so unoriginell wie wahr.

Luuk van Middelaar: Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa. Aus dem Niederländischen von Jacob Jansen. Suhrkamp, Berlin 2016. 608 S., Fr. 38.50.

Claus Offe: Europa in der Falle. Edition Suhrkamp, Berlin 2016. 189 S., Fr. 23.50.

